

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

auf Annahme einer Entschließung

der Fraktion der FDP

### **Planung der A100 beschleunigen - Notwendige Haushaltsmittel sofort entsperren!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus stellt fest:

I.

Berlins Verkehrsnetz ist auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch nicht vergleichbar mit dem anderer Städte. Zu der Besonderheit Berlins gehört, dass insbesondere dort, wo die Mauer die Stadt geteilt hat, die Straßennetze der beiden ehemals getrennten Stadthälften noch immer nicht ausreichend miteinander verbunden sind. An der Struktur des Hauptstraßennetzes sind die Folgen der Teilung noch sichtbar.

Alle Teile der Stadt Berlin müssen gleichberechtigt und individuell gut erreichbar sein, es ist nicht akzeptabel, zehntausenden Bürgern einen modernen und funktionierenden Verkehrsanschluß zu verweigern oder Teilräume der Stadt weniger gut erreichbar zu erschließen. Diese Stadtteile haben dadurch einen Standortnachteil mit negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Wohnquartiere.

Weil direkte und leistungsfähige Hauptverkehrsstraßenverbindungen fehlen, die den Verkehr gezielt bündeln, muss sich der KFZ-Verkehr an vielen Stellen der Stadt unnötige Umwege durch innerstädtische Wohnquartiere suchen.

Ein besonderes Problem besteht im Südosten Berlins, am Rand der Innenstadt, denn dort passen die vorhandenen Straßennetze überhaupt nicht zusammen. Die Folge sind weite Umwege des Verkehrs und eine permanente übermäßige und unzumutbare Belastung vieler Tausend direkt betroffener Bewohner von Wohnquartieren in Kreuzberg, Nord-Neukölln, Friedrichshain und Treptow.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

## II.

Der Motorisierte-Individual-Verkehr (MIV) als Verkehrsträger hat in Berlin einen Anteil von ca. 32% am gesamten Verkehrsaufkommen der Stadt. Das heißt, dass rund ein Drittel des Verkehrs und der notwendigen Ortsveränderungen auf der Straße abgewickelt werden, und es ist eine prioritäre, notwendige und sinnvolle politische Zielstellung, sich um diesen Verkehr zu kümmern und ihn optimal und stadtverträglich abzuwickeln.

Der innerstädtische Gesamtverkehr muss in einer hohen Leistungsfähigkeit mit Zeitaufwand, geringen Kosten und möglichst geringem Flächenverbrauch und Emissionen nachhaltig geplant und organisiert werden.

Die Stadt Berlin benötigt eine konsequente Hierarchisierung und zielorientierte Erweiterung des Straßennetzes, mit dem äußeren Autobahnring, einem leistungsfähigen Stadtautobahnssystem und ergänzenden Hauptverkehrsstraßen, die als gegliedertes Netz bzw. Tangentensystem den Quell- und Zielverkehr konzentrieren können, um ihn dann gezielt in die Innenstadtbereiche und verkehrsberuhigteren Zonen hineinzuführen.

## III.

*„Der Stadtring A100 wird verlängert bis zur AS Treptower Park – finanziert durch den Bund“* (aus: Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Landesverband Berlin und der Linkspartei.PDS (Die Linke.) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2006-2011)

Das Abgeordnetenhaus Berlin begrüßt und unterstützt die vom Senat geplante und im Koalitionsvertrag 2006 beschlossene Erweiterung der Bundesautobahn A100, da sie im Sinne einer modernen, stadtverträglichen und nachhaltigen Verkehrs- und Wirtschaftspolitik für die Stadt Berlin sinnvoll und dringend notwendig ist. Berlins östliche Bezirke brauchen endlich eine leistungsfähige Anbindung an die Stadtautobahn.

## IV.

Aus wirtschaftspolitischen Gründen ist die Verlängerung der Stadtautobahn A 100 in Richtung Treptow für Berlin ebenfalls unverzichtbar. Eine direkte Anbindung an die Stadtautobahn erhöht die Chancen für Unternehmensansiedlungen in den südöstlichen Teilen Berlins und stärkt sämtliche Wirtschaftsstandorte durch die wesentlich verbesserte Verbindung zum Flughafen BBI. Berlin ist auf einen optimal funktionierenden Wirtschaftsverkehr angewiesen und dazu benötigt es gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrs- und Straßenverbindungen.

Desweiteren stellen die vom Bund geplanten Investitionen in Höhe von 420 Millionen Euro für das Land Berlin und die regionale Wirtschaft ein notwendiges und unverzichtbares Konjunkturprogramm dar.

## V.

Die im Rahmen der Haushaltsberatungen durch die Regierungskoalitionen SPD und Linke sachlich in keiner Weise begründete Sperrung der für 2010 und 2011 vorgesehenen Haushalts- und Planungsmittel für die im Koalitionsvertrag beschlossene Verlängerung der A100 gefährdet den vom Senat geplanten Verfahrensablauf und Projekterfolg in fahrlässiger und unverantwortlicher Weise.

Die zuständige Bürgermeisterin und Senatorin Frau Ingeborg Junge-Reyer hat die aktuelle Situation und Position des Senats in der 59. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 18.01.2010 eindeutig und auch mit den nunmehr notwendigen Konsequenzen beschrieben:

*„...Das heißt, wir haben mit großer Kraft und Intensität an der Planfeststellung gearbeitet bzw. an der Vorbereitung der Planfeststellung, und wir arbeiten mit einer so großen Intensität weiter. Wir werden allerdings irgendwann im Laufe des Frühjahrs in der Situation sein, dass wir für die weitere Arbeit die Entsperrung der Haushaltsmittel benötigen...“*

Damit es zu keinen Verzögerungen im vorgesehenen Projektablauf und Planfeststellungsverfahren kommt und die begonnenen Planungen für den Weiterbau der A100 ohne Unterbrechungen weitergeführt werden können, hat die Entsperrung der beantragten Haushaltsmittel unverzüglich durch den zuständigen Hauptausschuss zu erfolgen.

Berlin, den 16. Februar 2010

Meyer Weingartner von Lüdeke Thiel  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP